

AUSSENANSICHT

Immer nur die Banken

Klar, der Euro muss gerettet werden. Sonst fährt Europa zur Hölle. Doch was das für die Armen heißt, scheint niemanden zu interessieren. *Von Uwe Becker*

Was heißt systemisch? Der Anlass für diese Frage ist der Tatsache geschuldet, dass der Begriff „systemisch“ gegenwärtig im politischen Jargon eine geradezu mythische Bedeutung erhalten hat. Die Bundeskanzlerin hat gesagt, man müsse „systemische Banken unter eine spezifische europäische Aufsicht stellen“; Anfang Juli erläutern die fünf Wirtschaftsweisen, dass sich die Schuldenkrise zu einer „systemischen Krise“ für den Euro auswachse. Systemisch, das klingt zunächst eindeutig – das ganze System umfassend, die Grundfesten, die vitalen Funktionen betreffend. Was aber da genau mit „System“ gemeint ist, was oder wer zu diesem System gehört und was oder wer nicht, ist keineswegs klar und entzieht sich der konkreten Anschauung der Bürger. Das hat nun auch der Bundespräsident beklagt und von der Politik mehr bürgernahe Aufklärung eingefordert.

Für den Fall, dass die Rettung der Banken misslingt, also der Eckpfeiler des Systems zusammenbricht, klingen die Prognosen düster: Das Vertrauen der Märkte werde ruiniert, der Euro sei gefährdet, ja die ganze EU, wie der italienische Ministerpräsident Mario Monti apokalyptisch beschwört, fahre „zur Hölle“. Das kann man sich nun wirklich nicht wünschen. Also muss die europäische Rettungsmannschaft der Staats- und Regierungschefs weiter das System mit fiskalpolitischen Maßnahmen stabilisieren, damit das Ver-

trauen der Märkte bleibt, der Euro aus der Gefahrenzone kommt und der EU die Hölle erspart bleibt.

Während also alle staatliche und öffentliche Aufmerksamkeit der Stabilisierung des Systems gilt, findet, weniger beachtet, weil offenbar nicht wirklich systemisch für Millionen Europäer, eine Talfahrt statt, die ihr Leben ins Trudeln bringt. Diese Instabilität ist der in Kauf zu nehmende Preis für die Stabilität des Systems: Fast fünfzig Prozent der Jugendlichen in Spanien sind ohne Arbeit, dicht gefolgt von Griechenland, in Italien sind es knapp 30 Prozent, und selbst im Nachbarland Frankreich suchen 23 Prozent der Jugendlichen vergeblich einen Arbeitsplatz. Sie müssen mühsam begreifen, dass sie nicht systemrelevant sind. Anders gesagt: Das System arbeitet, geleitet von übergeordnetem Interesse, an der nachhaltigen Schuldenbremse – um den Preis, dass die arbeitslosen Jugendlichen von heute zu den schuldenfreien Verlierern von morgen zählen. Diese Logik ist eben systemisch und daher schwer zu verstehen.

Deutschland hingegen, das nur gut acht Prozent Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen hat und stolz eine von den südlichen Nachbarn beneidete durchschnittliche Arbeitslosenquote von 5,6 Prozent vorweisen kann, scheint von dieser Talfahrt sozialer Instabilität verschont. Doch wer so denkt, denkt falsch. Die soziale Misere nimmt auch in diesem Land erschreckend zu. Allerdings tritt diese Perspektive kaum in den Fokus der allgemeinen Wahrneh-

Fast jeder Vierte arbeitet zum Niedriglohn – es sollen noch mehr werden

mung. Stattdessen gibt es vereinzelte Nachrichtenschnipsel – die sich aber zu einer Nachricht summieren, die durchaus Systemrelevanz hat. Der Bundesverband Deutscher Tafeln schlug kürzlich Alarm, weil innerhalb der vergangenen zwölf Monate die Zahl der Hilfebedürftigen, die das kostenlose Essen in Anspruch nehmen, um 300 000 auf 1,5 Millionen angestiegen ist.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer jüngsten Berechnung nicht nur dargelegt, dass die Zahl der Haushalte mit mindestens einem Hartz-IV-Bezieher seit 2007 um gut 13 Prozent zugenommen hat, sondern inzwischen auch ein Drittel dieser Personen die Transfermittel zur Aufstockung ihres Lohnes benötigen. Das Phänomen der Armut trotz Arbeit nimmt also weiterhin zu. Das kann nicht verwundern: Eine Studie des Instituts Arbeit und Qualifizierung der Uni Duisburg-Essen hat ergeben, dass 23 Prozent aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor arbeiten – bei einem durchschnittlichen Stundenlohn von gerade einmal gut 6,50 Euro!

Die Tatsache, dass inzwischen 7,3 Millionen Menschen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten und für deutlich mehr als die Hälfte dieser Personen ein Minijob die alleinige Erwerbsquelle ist, gerät kurioserweise nicht zum Anlass politisch sortierter Nachdenklichkeit über die Armutsfolgen dieser Entwicklung. Stattdessen wird gegen alle Kritik aus den Reihen der Sozialverbände und der Gewerk-

schaften eine Gesetzesnovelle für 2013 angestrebt, nach der die Steuerfreigrenze für diese Jobs auf 450 Euro angehoben werden soll. Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der FDP erklärt, Minijobs seien eine gute Sache „und bei den Bürgern sehr beliebt“. Beliebtheit ist das Entscheidungskriterium – nicht die Frage nach den Folgen von immer mehr Minijobs.

Die Zahl der Darlehen für Hartz-IV-Empfänger hat sich seit 2007 auf knapp 20 000 verdoppelt. Die Zahl derer, die entweder einen überbewerteten Privatkredit aufgenommen haben oder wegen chronischer Überschuldung schon lange keinen Zugang zum Stromnetz mehr haben, liegt bei Weitem höher.

Wer die Teile des Puzzles zum Gesamtbild zusammenfügt, dürfte erkennen, wie lächerlich, gar verlogen, der gängige Appell an die private Vorsorge ist, der erst jüngst im Kontext der „Riester-Pflegeversicherung“ neu intoniert wurde. Dazu reicht bei denen, die diese Vorsorge wirklich benötigen, das Geld vorne und hinten nicht.

Die genannten Faktoren zeugen nicht nur von gegenwärtiger Armut, sie lassen auch das zukünftige Ausmaß der Altersarmut ahnen. Diese Entwicklung ist zwar offensichtlich, aber angesichts der offenbar nur kurzzyklischen Wahrnehmungsfähigkeit im politischen Raum wird sie geflüchtig übersehen. Dass die Rente mit 67 eine weitere faktische Rentenkürzung ist

und so weiter zur Altersarmut beiträgt, sei nur am Rande angedeutet.

Man darf seriöserweise doch einmal vorsichtig fragen: Vor was soll die Rettung des Systems diese Menschen noch retten, die gegenwärtig und in absehbarer Zukunft von Armut bedroht sind? Oder, radikaler formuliert: Muss sich die Systemrelevanz der Bankenrettung nicht legitimieren an dem Nachweis, dass der Kern dieser Bemühungen dem Wohl der Menschen gilt? Diesen Nachweis zu erbringen, ist die Politik bislang schuldig geblieben.

Was ist also systemisch oder systemrelevant und was nicht? Wer bei der Beantwortung dieser Frage trennt, was in Wahrheit systemisch verbunden ist, der täuscht entweder aus Absicht oder aus Kurzsichtigkeit. Sollte es, wie zu hoffen ist, so kommen, dass das Bundesverfassungsgericht auf eine Volksabstimmung in Sachen Fiskalpakt und ESM dringt, wäre es lohnend, sich dieser Frage intensiv zu stellen.



Uwe Becker, 53, Pfarrer und Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, ist Vorstand der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe und Honorarprofessor an der Evangelischen Fachhochschule Bochum.
FOTO: EPD